

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1910

14.12.1910 (No. 343)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 14. Dezember

№ 343

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprechanschluß Nr. 154), woselbst auch Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M 50 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1910

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 9. Dezember d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Vorsitzenden des Vorstandes der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Ritterchaftsrat Günther v. Freier auf Hoppenrade das Ritterkreuz Höchstes Ordens Berthold des Ersten zu verleihen.

Nicht-Amtlicher Teil.

* Vorkstimmungen zur Rede des Reichskanzlers.

Die große Rede des Reichskanzlers über die innere Politik in der Samstagsitzung des Reichstags wird von der Presse der Parteien im allgemeinen nicht ungünstig besprochen. Von vernünftigen Beurteilern ist ja seit Jahr und Tag betont worden, daß Aufgabe und Leistung des Herrn v. Bethmann nach besonderem Maße zu messen sei, weil er unter ganz ungewöhnlichen Schwierigkeiten den höchsten und schwersten Posten im Reich übernahm. Wenn man das voraussetzt und berücksichtigt, wird es auch den Parteien, die mit der Politik des Kanzlers nicht einverstanden sind, möglich sein, die Verdienste dieser Samstagsrede unbefangenen zu würdigen. Herr von Bethmann muß, wie jeder Staatsmann, der seiner Pflicht der Geschäftsförderung genügen will, die Mehrheit nehmen, wo er sie findet; und er muß, wie der „Schwäbische Merkur“ betont, es mit sich abmachen, ob sie ihm sympathisch ist oder nicht. Es ist behauptet worden, daß der Kanzler in letzter Zeit der sogenannten „schwarzblauen Gruppe“ eine freundlichere Miene zeigte, als unbedingt nötig war. Seine Staatsrede hat diese Mutmaßungen Lügen gestraft. Der Reichskanzler ist gegen rechts mit demselben Nachdruck aufgetreten, wie nach links. Er hat, wie auch von liberaler Seite bemerkt wird, als der Mann der mittleren Linie die Maßstäbe des Herrn von Seydewitz mit kaum geringerer Schärfe behandelt, als die zunehmende Brutalität im Auftreten der Sozialdemokratie.

Die agrarconservative „Deutsche Tageszeitung“ äußert sich wie folgt: „Mit dankenswerter Entschiedenheit und Unzweideutigkeit, vor versammeltem Hause die beiden Resolutionsdirekt apostrophierend, stellte der Kanzler fest, daß Meer und Flotte in diesem Etat das bekommen haben, was sie von Anfang an verlangten. Alle diese Darlegungen des Kanzlers waren nach Form und Inhalt ausgezeichnet. Nur wiesen sie auch diesmal — und damit vielleicht bei der letzten geeigneten Gelegenheit — die schon wiederholt beklagte Lücke auf: Auch heute vermied es Herr v. Bethmann, vermied es sogar noch sorgfältiger als früher, sich offen auf den Boden dieser von der Regierung im weitestesten mißgeschaffenen Reform zu stellen oder auch nur die unwahrscheinliche Behauptung gegen sie und gegen die Parteien zurückzuweisen, die den Ruf fanden, das Reich vor dem finanziellen Zusammenbruch zu bewahren!“

Die nationale „Domburger Nachrichten“ urteilen: „Der Herr Reichskanzler hat mehr rucklos als miltum gesagt und sich hier und da in Ausführungen verloren, die als staatsmännisch kaum noch anzusprechen sind. Manches verdient Zustimmung, anderes fordert zur Opposition heraus. Überall aber findet man sich in der Auffassung bestätigt, daß bei dem gegenwärtigen leitenden Staatsmanne der Intellekt stärker entwickelt ist als der Wille.“

Die „Köln. Volkszeitung“ sagt: „Der Reichskanzler ist optimistisch genug, zu glauben, daß das Volk auch bei den nächsten Wahlen, wo es sich um die Fortsetzung unserer Schutzpolitik die Erneuerung unserer Handelsverträge, die Erhaltung unserer wirtschaftlichen und nationalen Größe handelt, gegen den revolutionären Ansturm der Sozialdemokratie ihn eine arbeitsfähige Mehrheit schicken wird. Vielleicht ist die Rede von der etwas schroffen Antwort des Reichskanzlers bezüglich Maßnahmen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie auf die auch nicht gerade sanfte Anfrage v. Seydewitz bei der Kaiserredeinterpellation unangenehm berührt, vielleicht hätte man dort auch ein Wort des Reichskanzlers über die das öffentliche Leben forumpierende Agitation des Danzabundes erwartet.“

Die nationalliberale „National-Zeitung“ schreibt: „Zwar könnte gerade im gegenwärtigen Augenblick eine schwungvolle Persönlichkeit, die durch begeisterte Worte schnell Führung mit dem Volksergen zu gewinnen und hoch über allem Parteihader dem allgemeinen Fortschritt neue Ziele zu weisen vermöchte, Wandel wirken. Aber eine solche fortsetzende Kraft der Ideen und der Verdankbarkeit liegt diesem Kanzler fern. Er vermag nur mit sympathischem Ernst immer wieder dieselbe Beschwörungssformel zu wiederholen, die anstelle der Parteilebensfähigkeit die Kompartimentlosigkeit und einen gewissen Quietismus setzen möchte: Vergesse des alten Zwistes und bereinigt euch zu positiver Arbeit.“

Die freikonserervative „Post“ gibt zu der Rede folgenden Kommentar: „Die Rede des Reichskanzlers war ein großer und durchschlagender Erfolg. Die Ankündigung der Schutzgesetzgebung gegen die Sozialdemokratie, vor allen Dingen des Ar-

beitswilligengehezes, wird in allen Teilen des deutschen Vaterlandes, die ruhige wirtschaftliche Fortschritte wünschen, mit Freude und Dankbarkeit aufgenommen, zumal Bethmann nicht der Mann der Worte ist. Nach dieser großen, Wort für Wort wohl durchdachten Rede des Reichskanzlers fielen die nächsten Reden über das selbe Thema naturgemäß stark ab.“

Der nationalen und liberalen „Täglichen Rundschau“ entnehmen wir folgende Stelle: „Mit großer Genugtuung begrüßen wir die scharfe und bestimmte Ablehnung der Bekämpfung der Sozialdemokratie durch Ausnahmegeetze. Herr v. Bethmann-Gollweg vertraut auf die staatliche Macht und den gesunden Sinn des deutschen Volkes, die die sozialdemokratische Gefahr überwinden werden. Sehr befriedigend waren auch in ihrer Sachlichkeit und Wohlüberlegtheit die Ausführungen des Kanzlers über die auswärtige Politik.“

Adolf Wagner über Staats- und Katheder-Sozialismus.

Vor mehr als 2000 Personen sprach gestern in Berlin der berühmte konservative Sozialpolitiker Geheimrat Professor Adolf Wagner über das Thema: Strömungen in der Sozialpolitik und der Katheder- und Staatssozialismus. Er führte dabei nach uns vorliegenden Zeitungsberichten u. a. aus:

Das Prinzip der (von Gneist, Roßner, Schmoller, Wagner, Schönberg und anderen begründeten) Schule der „Kathedersozialisten“ war, daß wir auch wirtschaftliche Vorgänge vom sittlichen Standpunkt aus beurteilen. Wir waren der Meinung, daß nicht alles, was rechtlich erlaubt ist, auch vor dem Sittengesetz bestehen könne. So kamen gewisse sozialethische Gedanken zur Ausbildung, die für die Lösung praktischer Fragen herangezogen wurden. Ein Journalist namens Oppenheim brachte für uns die Bezeichnung „Kathedersozialismus“ auf. Dieses Wort wurde bald aufgenommen und ist von den Betroffenen nicht abgelehnt worden, die vielmehr versucht haben, es zu Ehren zu bringen. Richtiger wäre es gewesen, es abzulehnen, denn ein Sozialismus im Sinne des Wortes nach der bekannten Formel von der Beseitigung des Privateigentums, der Überführung in gesellschaftliches Eigentum und gesellschaftlicher Verteilung ist der sogenannte Kathedersozialismus niemals gewesen. Wie ist der Kathedersozialismus zu beurteilen? Der Kathedersozialismus ist nicht eine wirtschaftliche Richtung, sondern bloß ein Vereinigungspunkt, der alle sonst sehr verschiedenen Stellungen umschließt: die Negation nämlich, daß das reine laissez faire, laissez passer im wirtschaftlichen Leben das Richtige sei. Damit in Verbindung stand eine historische Auffassung, daß man das frühere Wirtschaftsleben nicht einfach beurteilen dürfe, weil es eine andere Grundlage gehabt hat, sondern auch daran manches Segensreiche anzuerkennen sei. Der Hauptvorwurf, den man gegen die Kathedersozialisten bis heute erhebt, geht dahin, der Kathedersozialismus sei von vornherein und bis heute unternehmerfeindlich, daß er für die Funktionen des privatkapitalistischen Unternehmers kein Verständnis habe und einseitig arbeiterfreundlich sei. Das ist nun völlig unbegründet. Wenn dieser Vorwurf von einem wissenschaftlichen Theoretiker gemacht wird — wer es auch sei, ich könnte Namen nennen, unterlasse es aber —, der kennt entweder die Literatur seines Faches auf diesem Gebiete nicht, und dann sollte er sie einmal kennen lernen, wenn er öffentlich Urteile fällen will, oder er kennt sie, und dann wäre es noch schlimmer. (Diese Bemerkungen richten sich zweifellos gegen Professor Bernhard, der neulich bekanntlich von der angeblichen Unternehmerfeindlichkeit des Kathedersozialismus gesprochen hat. D. Red.) Man könnte auf zahlreiche Arbeiten der Kathedersozialisten aufmerksam machen, die auf die Bedeutung des Unternehmers hinweisen. Ich selbst habe öfter den Unternehmer, auch den Großunternehmer, als das Haupt des Betriebes bezeichnet und mit Menenius Agrippa gesagt: Der Kopf ist der Unternehmer. Ich habe daraus die Konsequenz gezogen, daß der Unternehmer eine gewisse Verfügungsfreiheit über die Arbeitskraft haben muß und die Gesetzgebung gewisse Schranken ihm gegenüber nicht überschreiten darf. Dem Sozialismus gegenüber habe ich gesagt, er könne nicht einmal denkmäßig auf dem Papier, geschweige denn praktisch die Funktionen des privatkapitalistischen Unternehmers ausführen. So lange aber bleiben seine Klänge Hirngespinnste. Wie kann man sagen, daß die Kathedersozialisten unternehmerfeindlich seien, daß die ganze Wissenschaft der letzten Jahrzehnte daran leide! Arbeiterfreundlich sind wir

gewiß, darin liegt aber kein Vorwurf. Denn wir sagen: wenn die ganze wissenschaftlich-technische Entwicklung Segen haben soll, dann geht das nicht so, daß einerseits die Reichen immer reicher gemacht, aber die Arbeiter nur so ein bißchen gehoben würden. Das verschärft die Differenzen. Arbeitszeit, Lohnhöhe, soziale Stellung des Arbeiters und die Auseinandersetzungen mit den kapitalistischen Interessen des Unternehmers sind Streitfragen, die aber auch nicht allein durch die Gedanken der freien Konkurrenz gelöst werden können. Ein Einmischen der Staatsgewalt, der neueren Sozialpolitik entsprechend, haben wir allerdings gerechtfertigt, so auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung. Wir sind zum Zwangssystem gekommen, und das gehört zum größten Ruhmestitel des Deutschen Reiches. Gewiß, hier liegen Lasten vor und diese dürfen ein gewisses Maß nicht überschreiten. Aber das tun sie auch nicht. Sie haben andererseits unsere Bevölkerung leistungsfähiger, gesünder, tüchtiger gemacht und dafür haben wir Erfolge auch schon statistisch vor Augen. Man hat den Kathedersozialismus oft ohne weiteres mit dem Namen Staatssozialismus bezeichnet. Auch das ist nicht richtig. Gewiß, eine Richtung unter den Kathedersozialisten kann man Staatssozialisten nennen, aber es sind ihrer nur ganz wenige. Ich selbst gehöre dazu. Welche leitenden Gedanken hat der Staatssozialismus? Er erkennt an, daß sich die großen Kapitalmassen, namentlich auch des stehenden Kapitals, in den Händen der Privateigentümer, besonders vertreten auch durch Organisationen, wie Aktiengesellschaften usw., in solchem Maße anhäufen, daß daraus Gefahren für die Selbständigkeit des wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Lebens entstehen. Das führt nicht bloß zum Kartell, sondern zum Trust. Wir sehen es in Amerika, wie die Magnaten des Kapitalismus das wirtschaftliche und schließlich auch das kulturelle Leben beherrschen. Auch wir bewegen uns in mancher Hinsicht daraufhin zu. Der Staatssozialismus verlangt nun, daß man diese Tatsachen anerkenne und die Konsequenzen daraus ziehe. Es ist unter Umständen wünschenswert, daß die Privatunternehmungen an Staat und Gemeinden übergeben, aber nur, wenn es sich technisch und ökonomisch bewährt. So große kapitalistische Kräfte darf man einer Privatindustrie nicht überlassen, sondern der Staat muß als Hort der Gesamtheit seine Hand darauf halten. Von diesem Gesichtspunkt aus sind Verstaatlichungen verlangt worden, erstens, weil Staat und Gemeinde es besser machen als die Privatindustrie, zweitens, weil die gemeinnützigen Interessen besser gewahrt werden, drittens, weil große Gewinne auf Staat und Gemeinden übertragen werden können, viertens, weil wir damit die privatkapitalistische Macht unter den Staat beugen. Das sind allerdings sozialistische, aber gesunde Gedanken, die sich Platz geschaffen haben. Ferner ist es Ansicht des Staatssozialismus, daß auch das privatwirtschaftliche Leben eines Jüngels bedarf. Ich bin z. B. überzeugt, daß die Zeit der Taxen statt der freien Konkurrenzpreise durchaus wiederkommen wird, namentlich bei den wichtigsten Lebensmitteln trotz aller technischen Schwierigkeiten, die ihnen anhaften mögen. Die mittleren und namentlich höheren Klassen will der Staatssozialismus heranziehen durch eine starke Entlastung der direkten Steuern, neben progressiver Einkommensteuer auch die progressive Vermögenssteuer, die Erbschaftsteuer. Wir brauchen uns nicht gleich vor einer Kapitalflucht zu fürchten. Es gibt schon Mittel und Wege, die Leute, die sich durch Auswanderung drücken wollen, zur Steuer heranzuziehen. Wir bestrafen den, der sich der Wehrpflicht entzieht. Warum sollen wir nicht auch den treffen, der sich seiner Steuerpflicht entzieht, zumal den Leistungsfähigen?

Wagner ermahnte schließlich die studentische Jugend, nicht skeptisch über das Deutsche Reich zu denken. Der erste deutsche Kaiser — es sei kein Byzantinismus, das anzuerkennen — sei auch der erste, der die neue Sozialpolitik inauguriert hat. Wilhelm I. und Bismarck seien eminente Sozialpolitiker, eminente Staatssozialisten gewesen.

Reichstag.

Berlin, 12. Dezember.

Vizepräsident Schulz eröffnet 220 Uhr die Sitzung. Die Staatsdebatte wird fortgesetzt. Staatssekretär des Reichs-

Justizamts Dr. Lisco erklärt: Die vom Abg. Scheidemann aufgestellte Behauptung, gegen den Stadtverordneten Wendel in Frankfurt a. M. sei erst infolge der Rede von Seydebrands das Verfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet worden, ist unrichtig. Ich kann feststellen, daß sich die staatsanwaltschaftliche Behörde bereits Mitte Oktober mit dieser Angelegenheit befaßt.

Hierauf führt der Abg. Lattmann (Wirtsh. Bgg.) aus: Es ist erfreulich, daß der Reichskanzler seine Unabhängigkeit von allen Parteien betont hat. Durch die Schuld der Liberalen ist der Block der Rechten und der Linken für lange Zeit unmöglich gemacht worden. In der Industrie ist heute schon ein Umschwung in der Beurteilung der Finanzreform zu beobachten. Für die Kriegsinvaliden muß endlich genügend gesorgt werden. So sehr manches an der Tätigkeit des ehemaligen Staatssekretärs Dernburg anzuerkennen ist, so war doch sein Vertrag, den er uns hinterlassen hat, ein Schlag ins Gesicht des Reichstags. (Der Reichskanzler betritt den Saal.) Das hat selbst sein Parteigenosse Dr. Rohrbach anerkannt. Der Redner wendet sich dann gegen die Sozialdemokratie und tadelt das Treiben gewisser ausländischer Studenten.

Staatssekretär v. Riberlen-Wächter:

Auf die Anfrage in Sachen der Eröffnung des Hafens von Agadir bemerke ich, daß mir jetzt erst der Bericht über das Einlaufen des französischen Kriegsschiffes „Duchayla“ zugegangen ist. Wie Ihnen bekannt ist, steht Frankreich und Spanien die Ausübung der Seepolizei an der marokkanischen Küste zu infolge eines Mandates des Sultans von Marokko, dem sämtliche Vertragsmächte zugestimmt haben. Im vorliegenden Falle ist ein französisches Kriegsschiff in Ausübung der Seepolizei speziell in Verfolgung von Schmugglern begriffen gewesen. Nur aus diesem Anlaß ist dieses Kriegsschiff in den Hafen eingelaufen und die französische Regierung hat uns ausdrücklich erklärt, daß mit diesem Einlaufen in den Hafen von Agadir ein anderer Zweck nicht verbunden gewesen sei. Ich betonte dann, daß wir es als wünschenswert betrachten, daß die Gebrüder Mannesmann sich mit anderen Interessenten, speziell der Union des Mines, an der ja auch deutsche Firmen beteiligt sind, einigen. Sollte die Einigung nicht erfolgen, so muß das Forum die internationale Schiedsinstanz sein, die in dem Entwurf des marokkanischen Vergabesetzes vorgesehen ist und die jede Garantie für eine unparteiische Entscheidung bietet. Das Auswärtige Amt soll reformiert werden. Ich habe diese Absicht hier schon vor zwei Jahren geäußert, ohne damals eine begeisterte Aufnahme zu finden. Ich kann aber sagen, daß im Auswärtigen Amt mit Fleiß, Gewissenhaftigkeit, Treue und auch mit Erfolg gearbeitet wird. An der ganzen Organisation, welche aus der großen Zeit des Fürsten von Bismarck stammt, wollen wir aber nicht rütteln. Sie dürfen Vertrauen zu uns haben, daß ich Ihnen in den Kommissionen und auch im Plenum mit voller Offenheit Rede stehen werde und ich bitte Sie um ihr Vertrauen.

Staatssekretär des Reichskolonialamts, v. Lindequist:

Nach den harten Worten des Abg. Lattmann über meinen Vorgänger bleibt mir nichts übrig, als in die Debatte einzugreifen. Ich stelle fest, daß es vorwärts geht, nicht bloß sporadisch, sondern in allen Gebieten unserer Kolonien mit Ausnahme vielleicht von Südwestafrika; hier ist die Entwicklung etwas sprunghaft gewesen infolge des Aufstandes und der Diamantenfunde. Wir wollen hoffen, daß die aufsteigende Entwicklung der Kolonien eine dauernde ist, die Begründung für diese Hoffnung finden wir nicht nur in den Zuständen draußen, sondern auch in dem lebhaften Interesse, welches das deutsche Volk neuerdings unserer Kolonialpolitik entgegenbringt. Wenn in den letzten Jahren ein so günstiger Umschwung eingetreten ist, wie es kaum für möglich gehalten werden konnte, so ist das in erster Linie dem ersten Staatssekretär im Kolonialamt, Dernburg, zuzuschreiben, der gründlich mit der Fabel aufzuräumen suchte, daß unsere Kolonien keinen Wert hätten und daß das deutsche Volk keine Freude und keinen Nutzen davon haben werde, dieses Verdienst meines Vorgängers wird so groß und dauernd sein, daß einzelne Punkte, in denen wir nicht mit ihm übereinstimmen, in den Hintergrund treten. Obenan steht Dernburgs großzügiges Bahnbauprogramm. Den Baumwollensbau zu fördern ist eine Lebensfrage für weite Zweige der Industrie. Die geleisteten Vorstöße für Kamerun werden in Höhe von 1 150 000 M. zurückgezahlt werden. Aber auch bezinst und amortisiert Südwestafrika zum ersten Male sein Eisenbahnnetz. Gegenüber neuen Bahnbauprojekten werden wir zunächst Zurückhaltung üben. Eine Bahn zum Tanganjikasee ist aus wirtschaftlichen Gründen notwendig, um das Gebiet mit dem Ozean zu verbinden; dann aber auch um der Schlafkrankheit zu begegnen. Die Bahn nach dem Kilimandscharo macht heute schon dieses Gebiet unabhängig von der englischen Uganabahn. In den Tropenkolonien legen wir das Hauptgewicht auf die Entwicklung des Baumwollensbaues. Eine Hauptfrage der Kolonialpolitik muß der Schutz der Eingeborenen vor Krankheiten sein, vor Pocken und Schlafkrankheit. Letztere hat allein in einem Jahre eine Million Kosten erfordert. Das Verhältnis zu der Mission ist im allgemeinen sehr gut. Wir haben ja auch dieselben Ziele: Die kulturelle Erziehung des Landes, Selbstverwaltung ist natürlich wünschenswert; ihre Form hängt von den Umständen ab. Zu allem gehört aber Kapital und das ist jetzt zur Verfügung steht, ist auch ein Verdienst meines Vorgängers. Der Vertrag, welchen der Abg. Lattmann so scharf getadelt hat, ist durchaus nicht so ungünstig, das wird sich in der Kommission leicht ergeben. Die Reichszuschüsse sollten allerdings nicht zu bald aufhören. Unser überseeischer Besitz ist eine zarte Pflanze, die aber wächst und gedeiht zum Segen des deutschen Volkes. (Sehhaftes Bravo!)

In der weiteren Debatte beteiligen sich die Abgeordneten Graf Melzinski (Pole), Werner (Ref.-Part.), Erzberger (Zentr.), sowie der Kriegsminister und die Staatssekretäre Dr. Lisco und von Lindequist. Letzterer protestiert gegen Behauptungen in einem Buch des Dr. Rohrbach und führt aus: Das mir noch nicht zugegangene Buch des Dr. Rohrbach wirft Dernburg eine Täuschung des Reiches vor; dagegen protestiere ich auf das Entschiedenste (Bravo links). Die Verträge werden in der Budgetkommission erörtert werden. Ich hebe hervor, daß sie überzeugend sein können von der Pflichttreue Dernburgs und seiner Absicht, die Interessen des Reiches in diesem Vertrag in jeder Hinsicht auf das Beste zu wahren. (Bravo.) Darauf tritt Vertagung ein. Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Schluß gegen 8 Uhr.

Deutsches Reich.

Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft.

Nach der bereits mitgeteilten Rede des Kaisers bei dem Jubiläumstakt der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft im Saale des preussischen Abgeordnetenhauses führte der Reichskanzler aus: Im Anschluß an die huldreichen Worte des Kaisers und Königs bringe ich namens der verbündeten Regierungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft am Jubiläumstage die warmsten Glückwünsche. Die Aufgaben, woran die Gesellschaft arbeitet, umfassen immer weitere Gebiete des landwirtschaftlichen Berufslebens. In Erfüllung Ihrer Aufgaben trägt die Gesellschaft dazu bei, daß die Schätze des heimischen Bodens nicht nur erkannt und genutzt werden, sondern auch durch innige Vereinigung und wissenschaftliche Forschung in praktischer Erfahrung erhalten und vermehrt werden. Solche Arbeit dient im gleichen Maße der Gegenwart und der Zukunft unseres Volkes und unterstützt so die wirksamsten Bestrebungen des Reiches und der Bundesstaaten zur Gebung und Förderung der deutschen Landwirtschaft. Ich kann der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft nichts Besseres wünschen, als daß sie allezeit dem Streben und der Schaffensfreudigkeit getreu bleiben möge, die sie bisher befeuert hat, dann wird ihrem Wirken der Erfolg und Segen auch künftig nicht fehlen.

Die Rede des Kaisers wurde mit Bravour aufgenommen, ebenso die Rede des Reichskanzlers. Es sprachen ferner der Landwirtschaftsminister, der Präsident des Landwirtschaftsrats, Graf Schwerin-Loewitz, u. a. Der Vorsitzende des Vorstandes des Landwirtschaftsrats, v. Freier-Goppenrade, hielt die Festrede. Zahlreiche Glückwunschtelegramme wurden verlesen, darunter die von den Großherzögen von Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin und dem Prinzen Ludwig von Bayern. Zum Schluß brachte Herr v. Freier nochmals ein Kaiserhoch aus. Der Kaiser verließ den Saal unter lebhaften Ovationen.

Die braunschweigische Regierung und die Finanzreform.

In den Verhandlungen des Reichstags vom 9. Dezember ist unter Bezugnahme auf die vom herzoglich braunschweigischen Staatsminister v. Otto am letzten Geburtstage des Kaisers gehaltene Rede die Haltung auch der braunschweigischen Regierung gegenüber der von der Mehrheit des Reichstags beschlossenen Finanzreform erwähnt. Die braunschweigische Regierung würde, wie die amtlichen „Braunschweigischen Anzeigen“ zu erklären ermächtigt sind, allerdings der von den verbündeten Regierungen vorgeschlagenen Finanzreform den Vorzug gegeben haben, nachdem aber feststehe, daß deren Annahme vom Reichstag nicht erreichbar sei, hat gerade Staatsminister v. Otto namens der braunschweigischen Regierung in den Bundesratsverhandlungen sich sofort mit besonderem Nachdruck für die Annahme der vom Reichstag beschlossenen Finanzreform erklärt, wie denn auch heute die braunschweigische Regierung den Wert der Finanzreform für die Gesundung der Reichsfinanzen rückhaltlos anerkennt.

* Badische Politik.

Am Freitag, den 16. Dezember, nachm. 3 Uhr findet in Karlsruhe eine Sitzung des Engeren Ausschusses der nationalliberalen Partei Badens statt. Auf der Tagesordnung steht die Beratung über ein Blockabkommen für die Reichstagswahlen.

Der älteste Parlamentarier des Landes, Freiherr Ernst August Göler von Ravensburg, der seinen Wohnsitz nach Baden-Baden verlegt hat, beabsichtigt laut „Seidels Tagebl.“ aus dem politischen Leben auszuscheiden. Vor 45 Jahren ist er erstmals als Vertreter des grundherlichen Adels unterhalb der Murg in die Erste Kammer eingetreten und hat dieser Körperschaft seit jener Zeit mit kurzer Unterbrechung angehört. Seit 25 Jahren bekleidete Freiherr von Göler das Amt als Vorsitzender der Budgetkommission der Ersten Kammer. 9 Jahre lang, und zwar von 1881 bis 1890 war er auch Reichstagsabgeordneter für den 13. badischen Reichstagswahlkreis. Die konservative Partei, deren Führung er jahrzehntlang in Händen hatte, hat ihm viel zu danken. Auch bei Andersdenkenden genöß Herr von Göler hohe Achtung und Wertschätzung. Der Grund seines Rücktrittes liegt in Gesundheitsverhältnissen.

Eine konservative Versammlung fand dieser Tage in Mosbach statt. Nach einer Rede des württembergischen Landtagsabgeordneten Dr. Wolff über die politische Lage ergriß Generalsekretär Schmidt-Heidelberg das Wort zu einem Referat über die Sammelpolitik: Es werde, so führte er aus, bei den Reichstagswahlen zu einer Wiederholung des Großblocks kommen, ob unter der Hand bei stiller Verständigung, oder Schwarz auf Weiß, das sei in der Wirkung völlig gleich. Angesichts dieser Situation wäre es ein Gebot der politischen Klugheit, wenn z. B. im Reichstagswahlkreis Heidelberg-Mosbach die Rechtsparteien — konservative, Zentrum — getrennt vorgingen, um eine falsche Stichwahl zu vermeiden und so den Großblockparteien ein Kompensationsobjekt zu nehmen. Redner warf die Frage auf: ob die Nationalliberalen, wenn es im Residenzwahlkreis Karls-

ruhe zu einer Stichwahl zwischen einem neutralen bürgerlichen und einem sozialdemokratischen Kandidaten komme, und sie dann nicht offene entschiedene Parole für den bürgerlichen Kandidaten gäben, noch den Mut besitzen würden, bei gleichzeitiger Stichwahl zwischen einem Nationalliberalen und einem Sozialdemokraten in Heidelberg-Mosbach von den Konservativen Unterstützung zu verlangen, namentlich dann, wenn der gemäßigte jetzige Abgeordnete Bed durch einen Heidelberger Professor jungliberaler Oberbank ersetzt worden sei? Bei einem Reichstags-Großblock sehe er — Schmidt — Nationalliberale und Sozialdemokraten als einander gleichwertig an! Die nationalliberale Parteileitung hätte bei ihrer Abgabe an die Konservativen bedenken müssen, daß der im nächsten Jahre gewählte Reichstag, weil nicht regierungsfähig, nur eine kurze Lebensdauer haben, und daß aller Voraussicht nach, vor dem Herbst 1913, dem Zeitpunkte der nächsten badischen Landtagswahlen, sich gegen die Umsturzpartei richtende Neuwahlen zum Reichstag stattfänden, welche Neuwahlen das Ende des badischen Großblocks bedeuteten. Des weiteren kritisierte Redner das Verhalten der Regierung im Pforzheimer Streik. Es erübrigt sich, hierauf näher einzugehen, nachdem bereits mehrere Artikel in der „Karlsruher Zeitung“ die nötige Richtigstellung gegeben haben. In der Diskussion verteidigten die Landgerichtsräte Deimling und Mayer die Haltung der Nationalliberalen, die in gleicher Weise Gegner von Zentrum und Sozialdemokratie seien. Ihnen antworteten dann Generalsekretär Schmidt, Schreinermeister Bauspach und Professor Kiefer, und zwar dieser im Namen des Zentrums.

Ausland.

Der Rücktritt des österreichischen Kabinetts.

Das Ministerium hat sich bereits gestern zum Rücktritt entschlossen, weil nach den in den letzten Tagen gepflogenen Besprechungen der für heute, Dienstag, zu gewärtigende Beschluß des Kabinetts kaum geeignet sein dürfte, eine befriedigende Klärung der Lage herbeizuführen, und andererseits die unausschießbaren parlamentarischen Arbeiten es geboten erscheinen lassen, eine Störung oder Verzögerung in den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses zu vermeiden.

Während der heutigen allgemeinen Audienzen äußerte der Kaiser zu einem hohen Würdenträger, er rechne darauf, daß Hr. v. Bienerth die Neubildung des Kabinetts durchzuführen werde. Die Session des Abgeordnetenhauses werde noch Ende dieser Woche geschlossen. Die Regierung erwarte keine Obstruktion. Sie werde vom Parlament das Budgetprovisorium, den serbischen Handelsvertrag und die Hausordnungsreform bewilligt erhalten. Die Mitglieder der nächsten Delegation werden heute in einer Abend Sitzung gewählt. Nach Schluß der Session werden die deutsch-österreichischen Verhandlungen und die Rekonstruktion bzw. Neubildung des Kabinetts in Angriff genommen werden.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 13. Dezember.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hörte heute vormittag die Vorträge des Geheimen Legationsrats Dr. Seyb und des Ministers Freiherrn von Marschall Nachmittags und abends folgten diejenigen der Geheimräte Dr. von Nicolai und Dr. Freiherr von Babo.

** Im Ministerium des Innern fand am 10. d. M. unter dem Vorsitz des Ministers Freiherrn von Bodman eine Sitzung des Landesgesundheitsrats statt, in welcher verschiedene für die öffentliche Gesundheitspflege wichtige Fragen zur Besprechung kamen. Im Vordergrund der Erörterungen stand die Frage der Bestellung von Schulärzten. Für die Volksschulen ist diese Frage durch den § 18 des Schulgesetzes vom 7. Juli 1910 geregelt. Der Landesgesundheitsrat hält aber auch für die höheren Schulen die Anstellung von Schulärzten vom hygienischen Standpunkt aus für notwendig, wobei in erster Reihe die ärztlichen Mitglieder der Beiräte der Mittelschulen in Betracht kommen sollen. Was die Tätigkeit der Schulärzte anlangt, so war sich der Landesgesundheitsrat darüber einig, daß den Schulärzten die Überwachung der Schule und ihrer hygienischen Einrichtungen sowie die Belehrung der Schüler und ihrer Eltern oder Fürsorgere über hygienische Fragen durch gelegentliche Vorträge oder anderweitige Mitteilungen obliegen solle. Meinungsverschiedenheiten bestanden dagegen darüber, ob, wie dies in § 18 Abs. 3 des Schulgesetzes für die Volksschulen mit besonderen Schulärzten vorgeschrieben ist, außerdem auch in den sonstigen Volksschulen und den höheren Schulen der gesundheitliche Zustand der Schüler durch den Schularzt festgestellt und während der Dauer des Schulbesuchs entsprechend überwacht werden sollte. Nach eingehender Erörterung sprach sich der Landesgesundheitsrat dahin aus, daß es wünschenswert sei, daß auch in denjenigen Gemeinden, in denen mangels eines besonderen Schularztes die schulärztliche Tätigkeit dem Bezirksarzt zufällt, eine Feststellung und Überwachung des gesundheitlichen Zustandes der Schüler selbst stattfindet. Bezüglich der höheren Lehranstalten wurde eine ähnliche Überwachung des Gesundheitszustandes der Schüler durch

Den Schularzt als wünschenswert bezeichnet, wobei es aber den Eltern der Schüler freistehen soll, die zur Feststellung des Gesundheitszustandes der Schüler erforderlichen Zeugnisse durch einen selbstgewählten Arzt ausstellen zu lassen. Außerdem kam noch eine Reihe von weiteren gesundheitlichen Maßnahmen, für die die Mitwirkung des Schularztes in Aussicht genommen ist, zur Besprechung.

Zum Anschluß an die Frage der Bestellung von Schulärzten wurde die Frage des fünfständigen Vormittagsunterrichts und des Frühbeginns des Unterrichts in den Sommermonaten an höheren Lehranstalten erörtert. Der Landesgesundheitsrat sprach sich dafür aus, daß der fünfständige Vormittagsunterricht überall da, wo eine große Zahl der Schüler einen weiten Schulweg zurücklegen hat, dem geteilten Unterricht vorzuziehen sei, wobei zwischen den einzelnen Unterrichtsstunden jedoch entsprechende Pausen liegen müßten. Die Nachmittagsstunden sollten, wenn sie nicht ganz frei bleiben können, zunächst nur für den wahlfreien Unterricht und die technischen Fächer wie Zeichnen, Turnen, Singen verwendet werden. Ebenso sollte auch die fünfte Unterrichtsstunde am Vormittag zunächst leichteren Lehrgegenständen vorbehalten bleiben. Den Frühbeginn des Unterrichts, d. h. den Beginn vor 8 Uhr morgens, hält der Landesgesundheitsrat im allgemeinen für Schüler der zwei oder drei untersten Klassen der höheren Lehranstalten sowie für Schülerinnen aller Klassen nicht für empfehlenswert, dagegen im übrigen in den Sommermonaten für unbedenklich.

Die geplante Bestellung eines Landeswohnungsinpektors, über die vom Ministerium eine Äußerung des Landesgesundheitsrats gewünscht wurde, begrüßte der Landesgesundheitsrat aufs lebhafteste. Der Landeswohnungsinpektor soll nach den Vorschlägen des Ministeriums, die durchweg die Billigung des Landesgesundheitsrats fanden, die einheitliche und gleichmäßige Durchführung der Wohnungsaufsicht überwachen und die auf Wohnungsbeschaffung für die Minderbemittelten gerichteten Bestrebungen fördern. Zu diesem Zweck soll er sich in enger Fühlung mit den staatlichen und kommunalen Behörden, insbesondere mit denjenigen örtlichen Organen, welche die Wohnungsaufsicht unmittelbar handhaben und den gleiche Zwecke verfolgenden Vereinen und Privatpersonen über die Wohnungsverhältnisse der minder bemittelten Volksklassen in Stadt und Land in gesundheitlicher, sittlicher und sozialer Beziehung verlässigen, und auf die Befreiung der auf diesem Gebiete vorhandenen Mißstände hinwirken.

Der Landesgesundheitsrat beschäftigte sich endlich noch mit den im Ministerium des Innern ausgearbeiteten Entwürfen von Vorschriften über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten sowie über das Desinfektionswesen; diese Bestimmungen fanden im wesentlichen die Zustimmung des Landesgesundheitsrats.

**** Lohnbewegung in Pforzheim.** Das Bezirksamt Pforzheim hat neuerdings festgestellt, daß die Streikenden, um die Verrichtung von Heimarbeiten zu verhindern, jetzt an Straßen und Wegen, auch in Wäldern, sich in Gruppen lagern und Vorübergehende daraufhin untersuchen, ob sie fertige oder halbfertige Heimarbeiten bei sich tragen. Es konnte beobachtet werden, daß sie die jeweilige Anwesenheit der in der Nähe untergebrachten Fußgendarmen abwarten und sich dann in entsprechender Entfernung von ihnen an den Wegen lagern.

Das Bezirksamt hat zur Verhinderung dieses Unfugs Patrouillen berittener Gendarmen angeordnet.

Unter dem Nr. 339 der „Karlsruher Zeitung“ vom 10. d. M. wiedergegebenen, an das Großb. Bezirksamt Pforzheim gerichteten Schreiben des Arbeitgeberverbandes für Pforzheim und Umgebung vom 8. d. M. ist infolge der Unklarheit der Unterschrift der Name Kammerer statt Dr. Käsemacher abgedruckt worden.

**** Einfuhr von Schlachtvieh aus Frankreich.** In den Schlachthof zu Karlsruhe sind in der Zeit vom 14. bis 30. November im ganzen aus Frankreich 253 Stück Großvieh eingeführt worden, und zwar 78 Ochsen, 54 Kühe, 116 Ferkel und 5 Milche.

Die Qualität der eingeführten Tiere war eine gute und namentlich bei Ferkeln eine vorzügliche.

Die Preise stellten sich für:

Ochsen I. Qualität	86—89 M.,
Ochsen II.	80—84 "
Ochsen III.	68—75 "
Ferkel I.	80—82 "
Ferkel II.	76—78 "
Kühe	84—88 "
Milche	58—62 "

pro Zentner Schlachtgewicht. Somit ist ein Preisrückgang zu verzeichnen bei:

Ochsen	um 4—6 M. pro Zentner,
Kühe	„ 2—6 „ „ „
Ferkel	„ 4 „ „ „
Milche	„ 2—4 „ „ „

Dementsprechend sind die Fleischpreise der Metzger am 1. Dezember für Ochsenfleisch von 90—94 Pf. pro Pfund auf 86—90 Pf., also um 4 Pf., für Rindfleisch von 86—90 Pf. pro Pfund auf 82—86 Pf., also um 4 Pf., für Kalbfleisch von 60—70 Pf. pro Pfund auf 56—66 Pf., also um 4 Pf.,

für Kalbfleisch von 90—96 Pf. pro Pfund auf 86—94 Pf., also um 2—4 Pf., für Schweinefleisch von 86—96 Pf. pro Pfund auf 80—90 Pf., also um 6 Pf., herabgesetzt worden.

Der Preisrückgang erstreckt sich somit auf alle Fleischarten mit Ausnahme von Sammelfleisch. Ebenso ist der am 15. v. M. eingetretene Wurstauflschlag wieder zurückgenommen worden.

(Dem **Vab. Landesfeuerwehrverband**) gehören gegenwärtig 565 Feuerwehren mit 48 300 aktiven Mitgliedern an. Von der Landesfeuerwehrunterstützungskasse wurden im vergangenen Geschäftsjahr an verunglückte Feuerwehrleute und an Hinterbliebenen tödlich Verunglückter 217 910 M. ausbezahlt.

Aus der Residenz.

B.C. (Arbeitslosenabteilung). Bei der durch das städtische Arbeitsamt am 10. Dezember d. J. vorgenommenen Arbeitslosenabteilung haben sich 207 Personen einschließlic 5 weibliche Arbeitslose gemeldet. Von den arbeitslosen Personen sind 102 verheiratet, 91 ledig, 13 verwitwet und 1 geschieden. 105 verheiratete bzw. verheiratet gewesene Personen haben 88 Ehefrauen, 186 Kinder unter 14 Jahren und 50 Kinder über 14 Jahren zu unterhalten. 7 ledige Arbeiter haben für den Unterhalt von 14 Familienangehörigen zu sorgen.

(Im **Kollosteum**) hat das auch im übrigen sehr sehenswerte Programm durch den bekannten Charakterkomiker **Bernhard Mörbis** neue Zugkraft erhalten. Zum gestrigen ersten Auftreten des Herrn Mörbis, der mit seinem reichhaltigen Repertoire, besonders mit seinen geträumten Erlebnissen im Himmel, als Köchin und als Militärflüchtling, fürnischen Beifall fand, war der Zuschauerraum dicht besetzt. Der ausgezeichnete Vortragskünstler wird, wie wir hören, nur noch morgen (Mittwoch) und übermorgen hier auftreten. — Im **Apollotheater** bildet die Chorusgruppe „**Thsin Maa**“ mit ihren wunderbaren Jongleuren, Akrobaten- und Zauberkünsten, den Clou des auch sonst guten Programms.

Badische Chronik.

Pforzheim, 13. Dez. Die Arbeiterorganisation in Hanau hat den ausgeperrten Arbeitern der Edelmetallindustrie in Pforzheim als Weihnachtsgabe 5000 M. gespendet. — Infolge der Streikbewegung in der Goldwarenbranche hat sich nun auch die württembergische Eisenbahnverwaltung veranlaßt gesehen, den größten Teil der Arbeiterzüge auf den Strecken Pforzheim-Caltw-Nagold, Pforzheim-Wildbad und Mühlader-Wietingheim bis auf weiteres einzustellen. — Wie sich herausstellt, ist das Schreiben des Arbeitgeberverbandes, mit welchem dieser sein Nichterscheinen zu der von den Regierungsvertretern beabsichtigten Aussprache anzeigte und begründete, mehrere Stunden auf dem Postamt liegen geblieben, so daß es auf diese Weise zu spät in die Hände des Großb. Bezirksamtes gelangte.

B.C. Kattak, 13. Dez. Als gestern mittag gegen 8 Uhr die Arbeitswilligen der Waggonfabrik, die über den Sonntag bei ihren Angehörigen waren, wieder unter Leitung der Schumanns in die Fabrik einpasseieren wollten, ertönte aus der Mitte der vor der Fabrik sich aufhaltenden Streikenden der Ruf vorwärts, worauf gegen 300 Mann gegen die Schumanns, die die Arbeitswilligen in ihrer Mitte hatten, vorgingen. Außer einigen Prügelein hüben und drüben erhielt ein Arbeitswilliger eine Stichwunde. Eine Verhaftung wurde vorgenommen.

**** In Fahlentbach, Bezirksamt Pfaffenhofen (Oberbayern),** ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Karlsruher Kunstverein.

In der großen Nachlasskollektion des Landschafters **Otto Reiniger** macht sich eine Ungleichheit der Qualität geltend, die um so mehr auf den Gesamteindruck drückt, als gerade die feineren Qualitäten seiner Kunst nur in einigen Bildern kleineren und mittleren Umfangs vertreten sind: die Feinheit des Tons, die breite und weiche Technik, die zusammenfassende Vereinfachung der Darstellung, wie in den Darstellungen von Motiven aus den Ebenerungen, einer Regensstimmung u. a. Einen starken Natureindruck gibt mit großer technischer Souveränität auch das Flußbild „**Kocher**“. Im ganzen überwiegt aber eine mittlere Qualität tüchtiger Arbeit, die gerade jene künstlerische Vergeistigung des Gegenstands vermissen läßt, durch die sich Reinigers Kunst auf der Höhe ihrer Entwicklung ausgezeichnet hat. Die besten seiner Werke haben offenbar ihren Weg nicht mehr bis hierher gefunden. K. W.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 13. Dez. (Reichstags.) Auf dem Präsidentenplatz steht anläßlich der heutigen 100. Sitzung ein Blumenstrauß. Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt. Staatssekretär v. **Lindequist** erklärt: In meiner gestrigen Rede ist eine Äußerung über meine Stellung zu den Deutschen in den Kolonien erblüht worden. Ich habe angenommen, daß meine überseeische Tätigkeit in Deutsch-Südwestafrika, namentlich aber auch in Britisch-Südafrika eine hinreichende Gewähr dafür bieten würde, daß ich nur eine deutsch-nationale Politik treiben werde. Besonders stolz bin ich auf das Vertrauen, das mir unsere Deutschen in Britisch-Südafrika in der schwersten Zeit der Kolonie, während des Burenkrieges, entgegengebracht haben und das sie mir immer noch entgegenbringen. Das wird mich aber nicht abhalten, die Ausländer in unseren Kolonien freundlich zu behandeln. Man hat sich dann beklagt, daß der Gouverneur von Samoa die deutschen Interessen nicht genügend wahre. Ich kann das nicht annehmen. Eine Adresse deutscher Ansiedler sagt das Gegenteil. Diese Erklärung war ich dem Gouverneur schuldig, der länger als 10 Jahre sein schweres Amt bekleidet.

Berlin, 13. Dez. In der Kommission betreffend die **Reichsversicherungsordnung** beantragten die National-Liberalen zu § 192, daß die Versicherungsberechtigung erlischt, wenn das regelmäßige jährliche Gesamteinkommen 5000 M. übersteigt. Das Zentrum beantragt, die Grenze auf 4000 M. festzusetzen. Der Paragraph wird mit dem Satze des Zentrumsantrages angenommen.

Wien, 13. Dez. Der **Polenklub** hat einstimmig beschlossen, für das zweimonatige Budgetprovisorium und die Verlängerung der provisorischen Geschäftsordnungsreform geschlossen zu stimmen.

Paris, 12. Dez. Präsident **Fallières** wohnte gestern abend einem Bankett bei, das die Anwaltskammer aus Anlaß des hundertjährigen Jubiläums der Wiederherstellung der französischen Anwaltszunft feierte. Auch **Briand**, **Pichon** und mehrere andere Minister waren anwesend. Präsident **Fallières** lobte in seinem Toast den Anwaltsberuf, der auch der seine gewesen sei, und wies darauf hin, daß angesehene Gesellschaften des Auslandes das Pariser Barreau durch ihre Teilnahme an dem Bankett geehrt hätten. „Ich freue mich“, sagte **Fallières**, „so hervorragende fremde Gäste an Ihrer Tafel versammelt zu sehen, und richte an diese Gäste den Freundschaftsgruß Frankreichs, das glücklich ist über Annäherungen, die unter den verchiedensten Formen einen wohlthätigen Einfluß ausüben auf die Erhaltung oder Entwicklung guter Beziehungen zwischen den Völkern und die zum allgemeinen Wohle der Völker beitragen.“

Berlin, 12. Dez. Geh. Medizinalrat Professor Dr. **Franz König** ist heute gestorben.

Mühlhausen i. Gf., 12. Dez. Der **Aviatiker Amerigo** schlug gestern auf dem Flugfelde zu **Salsheim** den **Welt-Passagierrekord**, der bisher 2 Stunden 26 Minuten betrug, indem er im ganzen 3 Stunden 19 Minuten 39 Sekunden in der Luft blieb. Als Passagier hatte er den Leutnant **Open** vom 5. Jägerregiment mitgenommen. Gleichzeitig mit diesem Rekord wird auch der **deutsche Dauerrekord**, den bisher **Jeannin** mit 3 Stunden 6 Minuten behauptet hatte, geschlagen. **Amerigo** flog gestern auf einem **Mühlhäuser Aviatik-Doppeldecker**.

Familiennachrichten.

Todesfälle. **Ludwig, R.:** Karl Ludwig Feldmann, Schlosser. — **Willi, R.:** Karl Tisch, Schreiner. — **Marie Käbler, Wä-** **terin, ledig.** — **Elisabeth Koch, Witwe.** — **August Harfeld,** **Oberregierungsrat, Chemann.** — **Johanna, R.:** Leopold **Neu-** **ter, Schneidermeister.** — **Philippine Berdel, Ehefrau.** — **Emma Klumpp, Dienstmädchen, ledig.** — **Jos. Kreuz, Do-** **mänerat a. D., Chemann.** — **Karl Berner, Privat, Chemann.** — **Karoline Schleicher, Witwe.** — **Anna Maria, R.:** Joseph **Gruber, Postbote.** — **Joseph Durr, Schuhmachermeister, Wit-** **wer.** — **Theodor von Haber, Oberleutnant a. D., Chemann.** — **Emil Seufert, Schuhmacher, Chemann.** — **Friedrich Gott-** **lieb, Privatier, Chemann.** — **Luije Knecht, Ehefrau.** — **Kath.** **Meß, Witwe.** — **Theresia Peter, ledig.** — **Anna Kölmel, Ehe-** **frau.**

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hyd.

Die Luftdruckverteilung hat sich seit gestern wenig geändert. Hoher Druck bedeckt den Nordosten und Osten Europas, während sich westlich von Island noch eine Depression befindet, die sich seit gestern noch vertieft hat. Bis tief in das Binnenland hinein verurteilt sie Regenfälle, die jedoch nur geringfügig sind und das Wetter ist dabei unbeständig, sowie mild. Die Depression wird sich voraussichtlich auch zunächst nicht sonderlich geltend machen, da das Ortsbarometer nicht fällt; es ist deshalb wechselnd bewölkt und mildes Wetter mit leichten Regenfällen zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 13. Dezember, früh:
Lugano bedeckt 7 Grad, Biarritz bedeckt 15 Grad, Perpignan wolfig 8 Grad, Nizza wolfig 9 Grad, Triest heil 11 Grad, Florenz bedeckt 10 Grad, Rom bedeckt 12 Grad, Cagliari heiter 13 Grad, Brindisi bedeckt 14 Grad, Gorta (Nzoren) bedeckt 17 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Dezember	Barom.	Therm.	Wind.	Feuchtig-	Wind	Himm. cl.
	mm	in C.	in mm	keit in		
				Prop.		
12. Nachts 9 ^u II.	746.2	4.7	5.9	92	SW	h. bedeckt
13. Morgs. 7 ^u II.	748.2	2.5	5.0	91	SW	wolfig
13. Mittags. 2 ^u II.	745.6	11.4	5.9	58	SW	heiter

Höchste Temperatur am 12. Dezember: 10.8; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 1.6.

Niederschlagsmenge, gemessen am 13. Dezember, 7^u früh: 0.2 mm.

Wasserstand des Rheins am 13. Dezember, früh: Schuster in 1.63 m, gefallen 7 cm; Mehl 2.50 m, gefallen 6 cm; Rau 4.13 m, gefallen 12 cm; Mannheim 3.77 m, gefallen 8 cm.

Verantwortlich für die Redaktion:
Chefredakteur **C. A. Mend** in Karlsruhe.
Druck und Verlag:
G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Solide, schwarze Seidenstoffe
kaufen Sie zu den billigsten Preisen bei
Carl Büchle, Inh. A. Schuhmacher,
Kaiserstrasse 149 2106 Telephone 1931

Flans Leyendecker
Herren-Schneiderei ersten Ranges
Kaiserstraße 177 II Fernruf: 1516

Unsere diesjährige **WEIHNACHTS-AUSSTELLUNG** bietet eine unübertroffene Auswahl in

Herrenzimmer-, Salon-, Wohn- und Schlafzimmerlampen

für Gas und Elektrisch

in moderner geschmackvoller Ausführung und bieten hiermit selten günstige Einkaufsgelegenheit

EMIL SCHMIDT & CONS., Kaiserstraße 209
gegenüber dem Moningerbau
Techn. Büro: Hebelstraße 3

Bis Weihnachten 10% in bar oder doppelte Rabattsparmarken.

HOFJUWELIER
Ludwig Bertsch
KARLSRUHE
Kaiserstraße 165 — Telefon 1478

Brillantringe
Feine Juwelen

Gediegene
Gold- und Silberwaren

Eigene Werkstätte.
Auszeichnungen:
Chicago 1893 — Straßburg 1895
Paris 1900.

Hervorragendes Lager in

- silbernen Tafelbestecken,
- silbernen Fischbestecken,
- silbernen Kuchenbestecken,
- silbernen Eislöffeln,
- silbernen Teelöffeln,
- silbernen Mokkalöffeln,
- silbernen Hummergabeln,
- silbernen Austergabeln,
- silbernen Kaviarmessern etc.

kompletten Besteckkasten.

Sonntags vor Weihnachten bis 7 Uhr geöffnet.

Telefon 1846

Pelz-Haus
Wolf Lindenlaub
Kürschnermeister
KARLSRUHE Kaisersstr. 191.

KRAGEN, MUFFEN, JACKEN, MÄNTEL.
Malsanfertigung. Umänderungen. Auswahlendungen.

Das Kohlensäure-Solbad des Friedrichsbades

bekannt durch seine kräftige Kohlensäureentwicklung, ist der beste Ersatz für Nauheimer Kuren.

Kaloderma

zur Schönheitspflege der Haut

- Kaloderma-Gelee** Preis 50 Pfg. und 1.- Mk.
- Kaloderma-Seife** Preis 50 Pfg., 3 St. 1.40 Mk.
- Kaloderma-Reispuder** Preis 50 Pfg. und 1.- Mk.
- Kaloderma-Rasierseife** Preis 1.- Mk.

Vorrätig bei
Luise Wolf Wwe.
Niederlage sämtlicher Parfümerien und Toiletteseifen von F. Wolff & Sohn
4 Karl-Friedrichstr. 4 Ecke Zirkel

Quark

(Weißer Käse) empfiehlt
Alois Zanetti,
Kaiserstraße 64, Telefon 2107.

Zu verkaufen: **2000-2500 Ztr. HEU.**

Offerten an Gutsverwaltung Ebersberg (Schweiz) postlagernd Konstanz.

Schürzen

in großer Auswahl bei
Oscar Beier, Kaisersstr. 174.

Das Grosse Los der Bad. Invaliden-Geld-Lotterie

Bestes Geschenk!

Gesamtgew. bar Geld
44 000 Mk.
Hauptgewinn
20 000 Mk.
27 Gewinne
11 000 Mk.
2900 Gewinne
13 000 Mk.

Ziehung 21. Januar 1911.
Lose à 1 Mk. | 11 Lose 10 Mark
empfehlen Lott-Unternehmer
J. Stürmer
Strassburg i. E., Langestr. 107

Bürgerliche Rechtsfreite.

Konkursverfahren.
Nr. 978. Nr. 4856. Mannheim. über den Nachlaß des am 29. November 1910 verstorbenen Spenglermeisters Peter Wehe II. in Sandhofen wird heute nachmittags 5 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.
Zum Konkursverwalter ist ernannt: Dr. Geier, Rechtsanwalt in Mannheim.
Konkursforderungen sind bis zum 4. Februar 1911 bei dem Gerichte anzumelden.
Zugleich wird zur Beschlußfassung über die Wahl eines definitiven Verwalters, über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Samstag den 7. Januar 1911, vormittags 12 Uhr, sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Samstag den 18. Februar 1911, vormittags 11 Uhr,

vor dem Großh. Amtsgerichte Abt. 17, 1. Obergesch. Saal A, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache im Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestehen der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 1. Februar 1911 Anzeige zu machen.
Mannheim, den 10. Dezember 1910.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts Abt. 17:
Beutel.

Freiwillige Gerichtsbarkeit.

Angebot.
Nr. 950.2.1. Nr. 23 908. Waldshut. Der Schneidermeister Karl August Böbele in Tiengen hat beantragt, den verstorbenen am 19. März 1853 in

Schachen geborenen Emil Huber, zuletzt in Tiengen, für tot zu erklären. Der bezeichneter Verfallene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf

Montag, den 31. Juli 1911, vormittags 11 Uhr, vor dem Gr. Amtsgericht Waldshut anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.
An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verfallenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gerichte Anzeige zu machen.
Waldshut, den 5. Dezember 1910.
Großh. Amtsgericht.
Der Gerichtsschreiber: Kaufmann.

Bekanntmachung.

Nr. 915 Schopfheim. Durch Beschluß Großh. Amtsgerichts hier von heute wurde der am 4. Dezember 1876 in Schopfheim geborene Schuhmacher Ernst Friedrich Kiefer wegen Trunksucht entmündigt.
Schopfheim, den 7. Dezember 1910.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Strohaier.

Strafrechtspflege.

Labung.
Nr. 951.3.2.1. Heidelberg. Der am 22. August 1878 in Heidelberg geborene, zuletzt dafelbst wohnhafte, ledige Kaufmann Friedrich Rütke, z. Zt. an unbekanntem Ort abwesend, wird beschuldigt, als Ersahrserevisist erster Klasse ausgewandert zu sein, ohne von der bevorstehenden Auswanderung der Militärbehörde Anzeige erstattet zu haben, Abtretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.
Derfelbe wird auf Anordnung des Großherzoglichen Amtsgerichts hier selbst auf

Donnerstag, den 16. Februar 1911, vormittags 9 Uhr, vor das Großherzogliche Schöffengericht Heidelberg zur Hauptverhandlung geladen.
Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem Königl. Bezirkskommando zu Heidelberg ausgesetzten Erklärung verurteilt werden.
Heidelberg, den 3. Dezember 1910.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Vermischte Bekanntmachungen.

Schönbaurarbeiten.

Zur Erbauung eines Dienstwohngebäudes für 6 Familien in Durlach, sollen nachgenannte Arbeiten nach Maßgabe der Verordnung Gr. Ministeriums der Finanzen vom 3. Jan. 1907 im öffentlichen Verdingungswege vergeben werden.

- Verputzarbeiten
- Schreinerarbeiten
- Maßarbeiten
- Maler- und Tischlerarbeiten.

Die Zeichnungen und Bedingungen liegen auf der Bauinspektion Durlach, Auerstraße 11, 3. St. (Hochbauamt) zur Einsicht auf, wofelbst auch die Angebotsvordrucke von den persönlich erscheinenden Bewerbern erhoben werden können.
Zufassung nach auswärtig findet nicht statt.
Die Angebote sind verschlossen bis längstens Donnerstag, den 29. Dezember 1910, vormittags 10 Uhr, dem Zeitpunkt der Eröffnung portofrei und mit der Aufschrift „Angebot auf die arbeiten für das Dienstwohngebäude in Durlach“ versehen, anher einzufenden.
Zuschlagsfrist 4 Wochen.
Durlach, den 9. Dezember 1910.
Großh. Bauinspektion.

Südosterrödisch-Ungarisch-Deutscher Güterverkehr.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1911 wird zum Tarif Teil II der Nachtrag III, enthaltend Änderungen und Ergänzungen, ausgegeben. Nähere Auskunft erteilen die Dienststellen.
Karlsruhe, den 12. Dezember 1910.
Großh. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.

Südwestdeutscher Eisenbahn-Verband, Tarif.

Mit Gültigkeit vom 15. Dezember 1910 wird die Station Speyer Rheinstation in das Netz 5 aufgenommen. Näheres kann aus unserem Tarifanzeiger ersehen und von den beteiligten Abfertigungsstellen erfragt werden.
Karlsruhe, den 12. Dezember 1910.
Großh. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.

Gütertarif Badische Staatseisenbahnen-Privatbetrieb.

Mit sofortiger Gültigkeit wird für Getreide von Mübau nach Basel Bad. B. ein Ausnahmefrachtfaß von 113 Pf. für 100 kg eingeführt. Näheres kann bei den genannten Abfertigungsstellen erfragt werden.
Karlsruhe, den 11. Dezember 1910.
Großh. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.

Höchste Zeit!

Freiburger Geld-Lotterie

Ziehung garantiert 20. Dezember 1910.
Lose à 1 Mark
11 Lose 10 Mk. empfehlen alle Verkaufsstellen und die Generalagentur Eberhard Felzer, Stuttgart.

4%ige mit 102% rückzahlbare Obligationen Serie II der Ungarischen Lokaleisenbahnen, Aktiengesellschaft.

Die am 1. Januar 1911 fälligen Zinscoupons und verlostene rubr. Obligationen werden vom Fälligkeitstage ab zum Markbetrage (1 Kr. = M. 0,85) in Berlin:

- bei der Deutschen Bank,
- bei der Nationalbank für Deutschland,

in Frankfurt a. M.:

- bei Herren Gebr. Bethmann,
- bei der Deutschen Bank, Filiale Frankfurt,

in Hamburg:

- bei Herren L. Behrens & Söhne,
- bei der Deutschen Bank, Filiale Hamburg,

in Hannover:

- bei Herren Ephraim Meyer & Sohn,

in **Karlsruhe:** bei Herrn Veit L. Homburger
werklich in den Vormittagsstunden eingelöst.
Budapest, im Dezember 1910.

Ungarische Lokaleisenbahnen, Aktiengesellschaft.